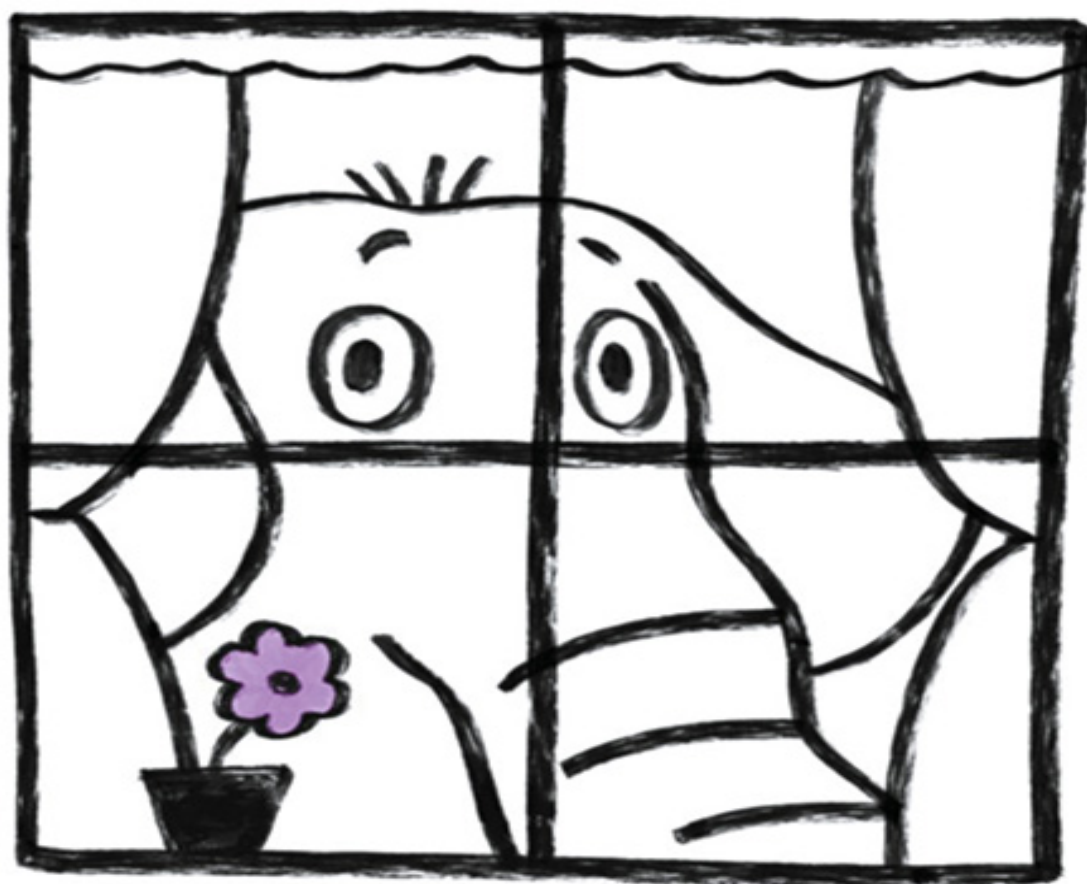


Das zweite Jahr »New Normal« unabhängig

Der

kommentiert

Elefant im Raum



Tom-Oliver Regenauer

Für Elke und Edith.

Dank Tina.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Artikel 1 – was ist heute noch unantastbar?

Zensur wird salonfähig – ein Paradigmenwechsel

Impfchaos und die Unglaubwürdigkeit der Regierung

Der Widerstand wächst und keiner geht hin

Funkstille. Bis der letzte Vorhang fällt

Gesichtslose Ideologie – Krisen als Substitut politischer Ideen

Einfach mal abschalten

Ab heute im Handel: wortsport & schrift-verkehr

Wege entstehen da, wo man sie geht

Digitaler Impfpass: Beweislastumkehr für das Solidaritätsprinzip

Moral und Vernunft: Koordinatensystem einer Gesellschaft

Der Merkelsche Monotheismus

Die Panik-Prediger und ihr verängstigtes Gefolge

Widersprüche, Wahnsinn und weniger Demokratie

#Ich mache da nicht mit – ein Hashtag für Haltung

Wenn der Notstand zu Normalität wird: Die Demokratur

Unternehmensgründung in der Krise

Entspannter Groove in angespannten Zeiten
Nach der Pandemie ist vor der nächsten Katastrophe
Oft ist das Wiedersehen erst die echte Trennung
Demokratie war nie fair
Die meisten Probleme entstehen bei ihrer Lösung
Ich muss hier weg – aber wie und wohin?
Gutmensch extrem (Teil 1)
Heute geschlossen wegen gestern
Ignoranz ist Stärke
9/11 und zwei Dekaden »New World Order«
Ein Sturm im Wasserglas
Kein Plan überlebt den Kontakt mit dem Feind
Die Qual der Wahl
the network - Knotenpunkt für die freie Gesellschaft
COVID-9/11 und das aussichtslose Verlangen nach Wahrheit
Nach der Pandemie ist vor dem Klimaministerium
Goldman Sachs und das Genom
Telegram: Alternative zu Big Tech oder Trojanisches Pferd?
Utopia ist abgebrannt
Die letzte Bastion der demokratischen Idee stimmt ab
Das Metaverse – der Anfang vom Ende
Digitale Selbstbestimmung – ein kleines Einmaleins
Schlussakkord in Groll
Über den Autor

Vorwort

Es begleitet mich seit meiner frühesten Kindheit. Seit ich lesen kann, steht das geschriebene Wort im Zentrum meines Lebens. Ob Songtexte, Bücher, Essays oder professionelle Kommunikation – schon immer habe ich den Lauf der Welt, meine Gedanken, Erkenntnisse und Überzeugungen, mit den 26 Lettern des Alphabets dokumentiert.

Aus diesem Grund, und im Lichte des verstetigten Ausnahmezustands, begann ich im Januar 2021, den Verlauf der Corona-Krise systematisch zu begleiten. Zu diesem Zweck gründete ich das Portal regenauer.press, auf dem ich die Ereignisse des Jahres in insgesamt vierzig Artikeln, Essays, Kommentaren und Polemiken reflektiert und eingeordnet habe. Viele dieser Texte wurden parallel auch im Rubikon publiziert (www.rubikon.news).

So versammelt die vorliegende, erste Anthologie von regenauer.press, die den Titel »Der Elefant im Raum« trägt, meine Arbeiten des Jahres 2021 in einem handlichen Taschenbuch und macht diese nun auch offline verfügbar. Konserviert für die Nachwelt und geschützt vor zunehmender Unterdrückung unpopulärer Standpunkte. Auf Quellenangaben, Links und Querverweise zu weiterführenden Ergebnissen meiner Recherchen wurde im Buch bewusst verzichtet, da diese jederzeit über meine Webseite nachvollziehbar und in allen Originaltexten direkt verlinkt sind (www.regenauer.press/blog).

Die Texte widmen sich primär den signifikanten, sozioökonomischen Veränderungen, die wir seit Beginn der Corona-Krise im Jahr 2020 beobachten können. Sie beleuchten Ursachen, Hintergründe, Auswirkungen und Implikationen des allgemeinen gesellschaftspolitischen Handelns und versuchen, bei der philosophischen und historischen Einordnung der Geschehnisse Kontext herzustellen und Impulse zu geben.

Dabei orientieren sich die – auf den Werten der Aufklärung basierenden Analysen – an Standards humanistischer Denkschulen. Es geht in den Ausführungen nicht um Ideologie, denn ich fühle mich weder einer Partei noch einer bestimmten politischen Strömung verpflichtet. Bis zum Beginn der Corona-Krise hätte ich mich tendenziell als »Links« bezeichnet. Nachdem die Parteien aus dem linken Spektrum jedoch verstärkt sozialistisch-autoritäre Programme anpreisen und totalitäre Übergriffe als Solidarität vermarkten, ist diese subjektive Standortbestimmung passé.

Mit Cancel-Culture, Wokeness, Technokratie, Totalitarismus und Pharma-Faschismus möchte ich nicht in Verbindung gebracht werden.

Denn genau hier steht der titelgebende Elefant im Raum: Während ein beachtlicher Teil der Zivilgesellschaft aufgrund entsprechender Berichterstattung annimmt, er befinde sich in einer akuten Gesundheitskrise, ziehen abseits der breiten Öffentlichkeit hässliche Schlagschatten der Vergangenheit am Horizont herauf, die nicht thematisiert werden (dürfen). Ein längst vergessen geglaubtes politisches Konzept scheint wieder en Vogue und mehrheitsfähig – der Faschismus.

Auch der gutgläubigste Konformist kann nach den Entwicklungen der vergangenen zwei Jahre nicht mehr die

Augen davor verschließen, dass wir dunklen Zeiten entgegensteuern. Wer zum jetzigen Zeitpunkt noch den Segregationskurs der von Big Pharma und digital-finanzieller Oligarchie gekaperten Covid-Regimes aktiv unterstützt oder stillschweigend akzeptiert, trägt Mitschuld für das, was im Windschatten von Pandemie und politisch verordnetem Ausnahmezustand passiert: Eine irreversible Umstrukturierung der freiheitlich-demokratischen Zivilgesellschaft.

Weg vom Konzept der eigenverantwortlichen Lebensführung des Einzelnen, hin zu Kollektivismus, Paternalismus und Etatismus nach chinesischem Vorbild.

Daher hoffe ich, mit meinen Texten einen Gegenpol zum offiziellen Narrativ darstellen und den ein oder anderen konstruktiven Diskurs anregen zu können. Denn nichts ist wichtiger für eine faire, inklusive und eigenverantwortlich organisierte Gesellschaft als offene Debattenräume. Nur in der Auseinandersetzung mit allen verfügbaren Informationen, Ideen und Meinungen entstehen nachhaltige, holistische Denkmodelle und Lösungen. Wer Andersdenkende ausgrenzt, absolute Deutungshoheit beansprucht, Medien zensiert und politische Gegner diffamiert, handelt zutiefst antidemokratisch.

Ich schreibe für alle und streite mit jedem. Denn das ist die Essenz von Demokratie. Und eine Demokratie, die keinen Meinungspluralismus aushält, ist keine.

»Die traurige Wahrheit ist, dass das meiste Böse von Menschen gemacht wird, die sich zwischen Böse und Gut nicht entschieden haben.« (Hannah Arendt)

Artikel 1 - was ist heute noch unantastbar?

Ein philosophisches Essay zu Menschenwürde, Freiheit und Demokratie im Jahre 2021.

2020 war ein turbulentes Jahr, eine Zäsur. Für die Gesellschaft, die Wirtschaft – und für unser Selbstverständnis als Spezies. Jeder sieht und spürt die Veränderungen, die um uns herum im Windschatten von COVID-19 stattfinden. Sie richtig einzuordnen, fällt jedoch schwer. Die Zukunft scheint ungewisser denn je. Zentralbanken bereiten den Roll-out digitaler Währungen vor und IWF-Chefin Kristalina Georgiewa spricht von einem »zweiten *Bretton Woods Moment*«. Bislang kontrovers diskutierte Themen, Ideen und Konzepte für eine 4. Industrielle Revolution und den Transhumanismus liegen (wieder) auf dem Tisch; und finden plötzlich erstaunlich viele Befürworter aus allen Lagern. Biometrie und die Verschmelzung von physischer und digitaler Identität katapultieren uns in Richtung totalitärer Systeme nach chinesischem Vorbild. Der Status Quo ist nicht mehr existent.

Ich hätte mir gewünscht, unter anderen Umständen meiner Leidenschaft für das Schreiben erneut Ausdruck zu verleihen. Der Inhalt meines Blogs sollte sich ursprünglich vor allem den Themen Literatur, Musik, Kunst und Philosophie widmen. Eine kreative Injektion für diese post-

literarische Ära sollte es sein. Aufgrund der massiven, globalen Verwerfungen, die wir im Rahmen der Corona-Krise in Echtzeit miterleben, lässt es sich jedoch nicht vermeiden, den Fokus auch auf die Themenfelder Politik, Soziologie, Finanzindustrie und Technologie zu lenken – die Brandherde der post-faktischen Ära.

Daher setzt sich der erste Beitrag des Jahres 2021 direkt mit dem Kern unseres politischen Systems auseinander: Dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, verabschiedet am 23. Mai 1949. Fast genau vier Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges am 8. Mai 1945. Wir alle kennen es. Wir berufen uns im politischen und gesellschaftlichen Diskurs, oder wenn es um unsere Geschichte und Grundrechte geht, darauf. Mehr als ein paar prägnante Sätze des Gesetzestextes sind wahrscheinlich nur einem Bruchteil der Gesellschaft geläufig. Aber den ersten Artikel können wohl die meisten in Deutschland lebenden Menschen wiedergeben.

»Artikel 1.1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.«

Auf diesen Satz gründen wir im Idealfall unser zwischenmenschliches und gesellschaftliches Miteinander. Wir akzeptieren den Gesellschaftsvertrag unter dieser Prämisse, folgen den Reglements und Gesetzen des modernen, gesichtslosen Imperiums, das ein digitalisierter Staat im Jahr 2021 nun mal ist. Die Annahmen, dass alle Menschen gleich sind, vor allem vor dem Gesetz, und dass die »Würde des Menschen« unantastbar ist, sind unser Leitbild für eine inklusive, offene, faire und soziale, repräsentative Demokratie.

Es scheint so einfach, so selbstverständlich. Alle Menschen sind gleich vor dem Gesetz, also dem Staat, dem sie durch die repräsentative Organisation und den Gesellschaftsvertrag überhaupt erst seine Autorität verleihen. Das Volk ist der Souverän in diesem System. Die Politik dient und löst das vertragliche Versprechen ihrerseits ein. Der Staat garantiert verbrieft Freiheiten, sowie faire, transparente Legislative und Judikative. Er schützt mittels Exekutive das Volk vor Unrecht und Gewalt; und sorgt für ein prosperierendes Umfeld, in dem sich der Bürger entfalten und im Rahmen seiner Berufung verwirklichen kann. Gleiche Rechte und Pflichten für alle. Wie gesagt, »im Idealfall«. Aber Demokratie war nie fair.

Die Bedeutung von Artikel 1.1 des Grundgesetzes scheint offensichtlich. Seine Formulierung wirkt unmissverständlich, unveränderbar, wie in Stein gemeißelt. Ist dem so? Kann sich die deutsche Gesellschaft 76 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes noch nach dem simplen, aber wirkungsvollen ethischen Kompass von Artikel 1 ausrichten, definiert sie sich noch dem Wortlaut entsprechend? Um die Gültigkeit, Relevanz und Anwendbarkeit von Artikel 1 im Lichte unseres aktuellen technologischen und zivilisatorischen Entwicklungsstands zu überprüfen, muss man sich zunächst mit einer auf den ersten Blick lapidar wirkenden Frage beschäftigen:

Wie definiert sich die unantastbare Würde des Menschen?

Was verstehen wir heute darunter? Hat sich die Bedeutung des Begriffes im Lauf der Zeit geändert? Bewerten wir ihn anders als vor 76 Jahren – oder vielleicht uns selbst? Wissen wir, woran sich die Würde messen lässt? Lassen wir uns von außen eine Position im Gefüge der Gesellschaft oktroyieren, die am Ende nichts mehr mit Menschenwürde zu tun hat? Von welchen sozialen, technologischen und politischen

Rahmenbedingungen wird die Würde des Menschen, sowie sein Selbstverständnis diesbezüglich beeinflusst? Wie können wir den Begriff Würde global anwenden, wenn es derart drastische Unterschiede zwischen den Regionen der Welt und ein extremes Gefälle in der Verteilung von Bildung und Wohlstand gibt? Und haben solche Fragen überhaupt noch Relevanz in einer Zeit, in der die Menschheit zum konformistischen, egoistischen Produkt ihres eigenen Konsums verkommen ist?

Das Bundesverfassungsgericht hat am 20. Oktober 1992 die folgende Definition des Begriffs »Menschenwürde« verfasst (Beschluss 1, BvR 698/89 des Ersten Senats):

»Mit ihm (Begriff) ist der soziale Wert- und Achtungsanspruch des Menschen verbunden, der es verbietet, den Menschen zum bloßen Objekt des Staates zu machen oder ihn einer Behandlung auszusetzen, die seine Subjektqualität prinzipiell in Frage stellt. Menschenwürde in diesem Sinne ist nicht nur die individuelle Würde der jeweiligen Person, sondern die Würde des Menschen als Gattungswesen. Jeder besitzt sie, ohne Rücksicht auf seine Eigenschaften, seine Leistungen und seinen sozialen Status. Sie ist auch dem eigen, der aufgrund seines körperlichen oder geistigen Zustands nicht sinnhaft handeln kann. Selbst durch "unwürdiges" Verhalten geht sie nicht verloren. Sie kann keinem Menschen genommen werden. Verletzbar ist aber der Achtungsanspruch, der sich aus ihr ergibt.«

Sachlich kühl formuliert. Die Begriffsdefinition beschreibt allerdings nicht, wie weit der soziale Wert und Achtungsanspruch des Menschen gehen soll, kann und darf – oder was genau die Subjektqualität ausmacht. Sicher gibt es auch dazu zahlreiche Definitionen. Aber kann das Axiom »Subjektqualität« die Würde des Menschen quantifizieren,

sie messbar machen, wo der Begriff doch eher wie eine Produktbeschreibung im Supermarkt anmutet?

Ein Gedanken-Experiment:

Stellen wir uns einen halbwegs intelligenten Fisch im Aquarium vor, dessen Leben sorgenfrei verläuft. Es gibt ausreichend Platz und Natur, um Bewegungstrieb und Neugier zu befriedigen, es existieren andere Fische, mit denen man sich die Zeit vertreiben kann, genügend Futter ist auch da, um das man sich zudem keine Gedanken machen muss. Freie Zeit steht ebenfalls zur Verfügung. Die Entscheidung was zu tun oder zu lassen ist, obliegt einem selbst. Könnte der Fisch so weit denken, wäre er vermutlich der Auffassung, er führe ein freies, würdevolles Leben – solange man ihm nicht verrät, dass es einen Ozean gibt.

Im Angesicht dieser Information wirkt das Dasein des Wasserbewohners nicht mehr ganz so würdevoll. Eingesperrt in einem vergleichsweise winzigen Bassin, abhängig von der fütternden Hand seiner Besitzer, von bohrenden, glasigen Blicken verfolgt, ohne Zugang zur großen, weiten Welt, würde er seine Situation wohl eher als Gefangenschaft klassifizieren.

Müssen wir also beginnen, unser Aquarium lieben zu lernen?

Betrachtet man die Entwicklung der Menschheit über die letzten 100 Jahre, drängen sich Analogien wie diese förmlich auf. Man hat den Eindruck, dass Industrialisierung und zunehmende Digitalisierung eine Art Aquarium für Mensch und Gesellschaft kreieren. Durchsichtig zwar, aber nicht unbedingt durchlässig. Ein Netz von Verpflichtungen, Verlockungen, Aufmerksamkeitskillern, Informationen und Daten legt sich unaufhaltsam um unsere Spezies. Um bei der Metapher zu bleiben: Noch ist die Menschheit sich

bewusst, dass es den Ozean gibt. Das Verlangen, frei darin schwimmen zu wollen, scheint aber zu schwinden.

Wie sonst lässt sich erklären, dass drastische Maßnahmen wie Lockdowns und Ausgangssperren von einem Großteil der Bevölkerung kritiklos hingenommen, oder gar als notwendig betrachtet werden – selbst, wenn unklar ist, ob diese wirklich zur Eindämmung des Virus beitragen? Wieso nehmen die Menschen die Kollateralschäden, die solche Einschränkungen anrichten billigend in Kauf, obwohl selbst die offizielle Datenlage des Statistischen Bundesamtes und Verlautbarungen der WHO implizieren, dass die Letalität von COVID-19 eher mit einer schweren Grippewelle zu vergleichen ist als mit Ebola?

Sind wir als Spezies an einem Punkt angelangt, an dem wir uns straffer führen lassen wollen, an dem es uns genügt, in einem Aquarium zu existieren – mit Ausblick auf das Meer? Und werden die kommenden Generationen noch im Meer schwimmen wollen? Werden sie überhaupt noch etwas vom Ozean wissen? Der Eindruck entsteht, dass Technologie, permanentes Entertainment, Übersättigung, Medieninkompetenz und Bequemlichkeit dazu führen, dass wir immer unselbstständiger werden. Wissenschaft und Politik nehmen scheinbar den Platz der an Bedeutung verlierenden Religionen ein. Es genügt vielen zu glauben, anstatt zu wissen. Offizielle Narrative zu hinterfragen, wird als Blasphemie verstanden. Eigenverantwortung und selbstständiges Bewerten von Informationen sind unerwünscht. Kritiker werden diffamiert und in Schubladen gesteckt. »Framing« für Menschen, die Überschriften lesen statt ganzer Texte. Die Sprache wird vergiftet und Begriffe umgedeutet. Neue Paradigmen werden ausgerollt. Entscheider sprechen seit Beginn der Pandemie von einer einmaligen »Chance« für einen Neustart der Welt – eine Formulierung, die in den Ohren der von den Auswirkungen

der Krise stark betroffenen Bevölkerungsgruppen wie Hohn klingen dürfte. Man teilt uns mit, dass wir das »New Normal« akzeptieren müssen. Unter diesen Gesichtspunkten müsste man die vorangehende Frage also mit »ja« beantworten – wir sollen damit beginnen, unser Aquarium zu lieben.

Ist die Akzeptanz des »New Normal« alternativlos?

Gehen wir nochmals zurück zum Begriff der Menschenwürde. Orientiert man sich an der Definition des BVG, empfinde ich die derzeitige Situation in Deutschland als deutliche Minderung der sogenannten Subjektqualität. Es ist mir, wie allen anderen, nicht mehr möglich, die Freiheiten in Anspruch zu nehmen, die uns Bürgern gesetzlich zustehen. Der Staat ist nicht in der Lage, dem Bürger transparent zu machen, welche Einschränkungen für welchen Zeitraum aufrechterhalten werden. Bestehende Maßnahmen entbehren zu oft einer Grundlage. Siehe allgemeine Ausgangssperre ab 20:00 Uhr. Eine zermürende Salami-Taktik. Eine Perspektive für die Post-Corona-Zeit wird nicht artikuliert, die Vision des Soll-Zustandes nicht klar kommuniziert, sollte es diese geben.

Im Lichte dieser Entwicklungen bin ich der Meinung, dass die Würde des Menschen hier und heute nicht mehr unantastbar ist – oder, dass der Begriff Menschenwürde eine neue Definition verlangt. Wenn wir uns mit weniger Würde zufriedengeben wollen als in der Vergangenheit, dann müssen wir das in der gesellschaftlichen Debatte definieren, uns mit einer reduzierten Form der Menschenwürde abfinden.

Das eifrig propagierte »New Normal« steht meinem Verständnis von menschenwürdigem Dasein jedenfalls diametral gegenüber. Mir genügt es nicht, ein Leben in den

eigenen vier Wänden, zwischen Büro, Smartphone und Netflix zu führen. Und ich werde es nicht tun. Ich verstehe Demokratie als ein freiheitliches, politisches System der Partizipation, welche durch neue EU-Richtlinien für die Digitalwirtschaft genauso beschnitten wird, wie durch das Umgehen des Parlaments nach Verabschiedung des »Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite« (Infektionsschutzgesetz) am 19. November 2020. Freie Meinungsäußerung ist nicht verhandelbar. Das Entfernen von unliebsamen Inhalten in den Sozialen Medien durch private Unternehmen und in Absprache mit der EU ist Zensur – denn eine Demokratie muss alle Meinungen aushalten, auch wenn sie der eigenen Weltsicht widersprechen. Extreme finden in der Regel keine Anhänger, vor allem dann nicht, wenn man sie selbst zu Wort kommen lässt. Mehrheiten bildet die Bevölkerung, nicht der Staat. Und signifikante Mehrheiten generiert abstruser Schwachsinn selten. Trotzdem muss diese Entscheidung beim Bürger liegen. Eine Selektion und tendenziöse Ausklammerung von Information seitens des Staates, oder durch von ihm beauftragte, private Unternehmen, untergraben die freie Meinungsbildung und damit die demokratische Idee.

Ich möchte, wie viele andere auch, die Möglichkeit haben, meinem Wissen vom metaphorischen Ozean Taten folgen zu lassen. Einschränkungen persönlicher Freiheiten gab es auch vor Corona, zum Beispiel aufgrund des Kampfes gegen den Terrorismus. Die derzeitigen Einschnitte aber sind beispiellos; und sie haben kein klar definiertes Ziel, keinen Endtermin. Zudem wissen wir aus der Geschichte, dass einmal eingeführte Befugnisse vom Staat selten vollständig zurückgenommen werden. Dies geschah weder nach Auflösung der Roten-Armee-Fraktion noch nach 9/11 – wieso also sollte die Corona-Krise eine Ausnahme darstellen?

Wie also gehen wir um mit den entstehenden Verwerfungen und der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft?

Ich denke, dass wir nicht an einer neuen Definition der Menschenwürde arbeiten müssen, die sich dem »New Normal« anpasst, sondern an der Wiederherstellung eines menschwürdigen Daseins und der Grundrechte – sollten diese nach der Corona-Krise nicht zeitnah und vollständig reaktiviert werden. Wobei die Aufgabe damit nicht begann, oder endet. Würde hatte noch nie für alle Menschen die gleiche Bedeutung. Sie war schon immer abhängig von Hautfarbe, Religion, sozialem Status oder finanzieller Macht. Das ist inhuman und falsch.

Auf Deutschland bezogen ist es nicht hinzunehmen, dass Artikel 1 verletzt und der Begriff Menschenwürde im Chaos der Krise ungefragt herabgesetzt wird. Freiheiten und Grundrechte gegen ein unbestimmtes Sicherheitsversprechen einzutauschen ist keine Option. Zudem gilt es in Zeiten der Globalisierung, auch in anderen Regionen der Welt ein gemeinsames Verständnis von Menschenwürde zu schaffen. Es kann nicht sein, dass in Indien, Afrika oder Südamerika andere Maßstäbe gelten als in Europa. Alle Menschen sind gleich. Würde kann daher auch nur eine einzige Definition haben, eine globale. Die »Allgemeine Charta der Menschenrechte« von 1948 muss endlich weltweit umgesetzt und angewandt werden.

Weiterhin ist es essenziell, Alternativen zu einem System zu entwickeln, das wir so vielleicht gar nicht mehr unterstützen wollen – weil es nicht für uns da ist, sondern von uns lebt und unsere Umwelt zerstört. Man kann eine Hydra nicht im Kampf besiegen, es wachsen neue Gliedmaßen nach, sobald ein Körperteil abgetrennt wurde, aber man kann aufhören die Hydra zu füttern.

Wenn die Demokratie nicht (wieder) zu dem wird, was sie der Idee nach sein sollte, braucht es neue Konzepte.

Meint, Menschen müssen eigene, lokale Netzwerke, Märkte und Zahlungsinstrumente entwickeln und implementieren. Dezentralisierung ist entscheidend, um Oligopole und Monopole zu untergraben, um ihnen ihre Position streitig zu machen. In der Konsumgesellschaft liegt die Macht beim Konsumenten, er festigt die Stellung der Konzerne am Markt.

Die Politik ist mehrheitlich angetrieben von kapitalistischem Denken, wird massiv beeinflusst von Konzernen, Lobbyisten, Think Tanks und anderen nicht durch Wahl legitimierten Organen, deren Finanzierung oft nicht transparent ist. Von daher erscheint es umso wichtiger, das Konsumverhalten zu verändern als die Partei-Präferenz bei der nächsten Wahl.

»Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt. Und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.« (Horst Seehofer bei »Pelzig unterhält sich«, 20.05.2010)

Zudem gilt es, die Sprache zu beschützen. Sie verbindet die Menschen einer Gesellschaft, wenn sie für alle die gleiche Bedeutung hat. Wenn Solidarität als Begriff neu besetzt und gegen Gruppen der Bevölkerung verwendet wird, die man pauschal aburteilt, ist das nicht akzeptabel. Ausgrenzung und Schubladendenken entstehen zuerst durch die Verwendung von Schlagworten, Buzz-Words und Slogans, die sich in der unkritischen Masse multiplizieren.

Präzision in Sprache und Wortwahl ist somit elementar für gegenseitiges Verständnis. Wir brauchen einen offenen Diskurs aller Lager und öffentliche Streitgespräche mit unterschiedlichen Meinungen. Nur das erlaubt dem

Menschen, seine Position in der Gesellschaft zu bestimmen und sich eine eigene Meinung zu bilden. Wenn die etablierte Presse zunehmend vom Ansatz neutraler Berichterstattung abweicht, muss das kritisiert werden (dürfen). Meinung soll nicht gemacht werden. Sie entsteht im Idealfall aus Abwägung aller Informationen.

Es ist befremdlich, wenn die Kanzlerin einzelne Gruppen diffamiert und psychologische Betreuung empfiehlt, nur weil diese Kritik äußern oder das offizielle Narrativ hinterfragen. Demokratie ist anstrengend und langsam. Solidarität steht nicht für blindes Vertrauen in Machthaber und Wissenschaft, die uns in der Vergangenheit immer wieder getäuscht und belogen haben, die meist eher um Wiederwahl und Finanzierung besorgt sind als um das Wohl der Wähler. Solidarität bedeutet aus meiner Sicht, dass man sich um das Wohl der gesamten Gemeinschaft sorgt – und das hängt primär ab von der Stabilität, Debattenfähigkeit und Offenheit der pluralistischen Gesellschaft. Daher sollte man sich als echter Demokrat über jede Demonstration freuen, statt diese als Ansammlung von Verrückten zu ächten, nur weil man eine andere Position vertritt. Die meisten Menschen haben dieselben Träume von der Zukunft, man muss ihnen aber zuhören, um sie zu verstehen.

Daher schließe ich diesen kleinen philosophischen Ausflug mit einem Zitat, das deutlich macht, wie wenig die korrupten Politdarsteller von jenen Menschen halten, die sie zu ihren Vertretern gewählt haben. Wollen wir solchen Menschen unsere Zukunft anvertrauen, oder diese wieder zu größeren Teilen selbst in die Hand nehmen? Mut, Courage und Flexibilität werden die wichtigsten Eigenschaften des neuen Jahres sein. Wir brauchen Kreativität und neue Ideen für eine gerechtere Welt, für ein würdevolles Dasein aller Menschen auf diesem Planeten. Aufwühlende Zeiten liegen vor uns – und ich freue mich darauf, darüber zu schreiben.

»Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«

(Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission 2014-2019, Die Brüsseler Republik, Der Spiegel, 27.12.1999)

| Erstpublikation: 05. Januar 2021

Zensur wird salonfähig - ein Paradigmenwechsel

Über die absolute Meinungsfreiheit als Basis einer offenen, demokratischen Gesellschaft.

»Um sich selbst zu verstehen, muss man mit anderen sprechen.«

Diese kluge Zeile, die ich vor langer Zeit in einem Buch gelesen und in einem meiner Songtexte verwendet habe, ist vielsagend. Sie widersetzt sich dem Konzept von algorithmisierten Filterblasen als Manifestation der subjektiven Realität. Sie fokussiert den Kern der zunehmenden, gesellschaftlichen Spaltung. Obwohl die massiven Risse, die das Land in verschiedene Lager teilen, durch COVID-19 extrem verstärkt wurden, ist die derzeitige Krise natürlich nicht Ursprung des Problems. Aber Corona steht unter Umständen für eine der letzten Chancen, um einen signifikanten, demokratiefeindlichen Paradigmenwechsel in der gesellschaftlichen und öffentlichen Kommunikation abzuwenden. Es geht um die Meinungsfreiheit – das nicht verhandelbare Fundament einer offenen Gesellschaft.

Das Gegenteil von Meinungsfreiheit ist Zensur. Ein einschüchterndes Wort. Wir assoziieren es mit Diktaturen und totalitären Systemen. Bei uns war die (öffentliche) Verwendung dieses Begriffes seitens der Politik bis jetzt eher ein Tabu. Aus gutem Grund. In einer Demokratie

verbietet sich Zensur in jeder Form. Sie ist mit keinem Argument zu begründen. Die demokratische Idee basiert auf freiheitlichen Prinzipien und Partizipation; und es ist eine repräsentative Organisationsform. Wenn die Meinungsfreiheit beschnitten, Information seitens des Staates selektiert und kuratiert wird, steht das dem Konzept von pluralistischer Demokratie diametral entgegen. Eine ausbalancierte Weltsicht ergibt sich nur aus der Analyse und Abwägung einer Vielzahl von Informationen und Standpunkten.

Alle Meinungen sind zulässig. Information muss ungefiltert und frei sein, für alle.

Trotzdem wird seit Dekaden versucht, den Gesellschaften zu vermitteln, es sei demokratisch legitim, unliebsame Informationen zu löschen, zu verbannen, sie als Fake-News, Hetze oder Verschwörungstheorie zu diffamieren. 9/11 und George W. Bush markieren hier eine moderne Zäsur. Der US-Präsident sprach am 10. November 2001 vor den Vereinten Nationen davon, dass man *»fragwürdige Verschwörungstheorien und Lügen um die Attentate auf das World Trade Center nicht akzeptieren könne, sie bekämpfen müsse.«* Durch den Duktus von *Bush Jr.* und Aussagen wie: *»Entweder seid ihr auf unserer Seite, oder gegen uns«*, wurde eine neue Ära der selektiven Berichterstattung und bewussten Filterung von Inhalten im digitalen Bereich eingeläutet.

Meinung wird gemacht. Effizienter denn je, der digitalen Transformation sei Dank. Metadaten sind das neue Gold; und die »Data Lakes« wachsen unaufhörlich. Meinung, Politik und Konsumverhalten sind Wachs in den Händen derer, die sie beherrschen.

Suchergebnisse zu den Attentaten in New York haben sich in den vergangenen zehn Jahren zum Beispiel drastisch geändert; egal ob bei Google oder YouTube – und all die durchaus berechtigten Fragen zu finanziellen Manipulationen im Vorfeld der Anschläge, zum hastig verabschiedeten »Patriot Act«, oder bezüglich des US-Vergeltungskrieges gegen die arabische Welt und den Islam, bleiben von offizieller Seite bis heute unbeantwortet.

Von Krisen profitieren schon immer diejenigen, die zuvor viel hatten. Märkte konsolidieren sich im Niedergang. Staaten wiederum nutzen jedes katalysierende Ereignis zur Ausweitung ihrer Befugnisse, die danach kaum zurückgenommen werden. Ausnahmezustände werden die Regel. Derartige Ereignisse gab es in jüngster Zeit zuhauf. Wir leben spätestens seit der Jahrtausendwende in einem permanenten Krisenmodus – und Krisen sind ein Brandbeschleuniger für sozioökonomische Brandherde.

Während bereits COVID-19 bereitwillig instrumentalisiert wird, um uns permanente Kontaktverfolgung schmackhaft zu machen und den Datenschutz zeitweilig hintenan zu stellen, markieren die Vorfälle um das Kapitol in Washington vom 6. Januar 2021 einen neuen Höhepunkt hinsichtlich sprachlicher Irreführung und semantischer Absurditäten. Das Event soll nun offensichtlich dazu genutzt werden, einen gewissen Grad von Zensur in den demokratischen Gesellschaften salonfähig zu machen.

Nach dem vermeintlichen »Sturm« auf das ikonische Regierungsgebäude geschahen denn auch einige bemerkenswerte Dinge. Nachdem die Social Media-Konten des US-Präsidenten bereits nach den umstrittenen Wahlen durchweg mit Warnhinweisen zu »fragwürdigen Inhalten« versehen wurden, löschten Twitter, Facebook und weitere Plattformen am 6. Januar 2021 diverse Inhalte und Posts von

Donald Trump. Eine neue Qualität der Intervention. Sie sperrten seine Konten zunächst temporär. Am 8. Januar wurde der Twitter-Account von Donald Trump dann aber scheinbar vollständig deaktiviert, obwohl ihm fast 90 Millionen Menschen folgen. Ein bisher einmaliger Affront gegenüber dem Amt des US-Präsidenten. Dem »Amt« wohlgemerkt. Das Argument, dass dieses zensorische Vorgehen mit den Geschäftsbedingungen der privaten Plattformen zu legitimieren ist, greift zu kurz. Dazu müsste erst einmal definiert sein, welche digitalen Mega-Dienste eine Grundversorgung darstellen, was deren Größe und Einfluss für Nationalstaaten und Gesellschaften bedeutet – und wie man unter Berücksichtigung dieser Punkte mit der Filterung von Inhalten umgeht.

Denn egal wie man zu Trump steht, wenn das amtierende Staatsoberhaupt der USA von Big-Tech binnen Stunden mundtot gemacht und zensiert wird, dann ist das im Grunde ein Skandal. Die gängigen Begründungen von Zuckerberg und Co., Trump habe seine Anhänger zum Sturm auf das Gebäude, oder gar zum Staatsstreich aufgerufen, sind schlichtweg übertrieben, wenn man sich Donald Trumps Tweets im Vorfeld, Augenzeugenberichte aus Washington und die Bilder aus dem Kapitol rational betrachtet. Selbst Tagesthemen-Ikone und USA-Kenner Claus Kleber wunderte sich öffentlich darüber, wie einfach die Protestierenden in eines der am besten gesicherten Gebäude der Welt vordringen konnten. Er schrieb bei Twitter:

»Wer schon oft durch die vielen Sicherheitsschranken des Capitol gegangen ist, angeschissen wurde wegen eines einzigen falschen Schritts. Wer die zig Millionen teuren unterirdischen Sicherheitsanlagen kennt, muss sich fragen, wie diese Stürmung so leicht sein konnte.«

Die wenigen Polizisten vor Ort gingen der Menge freundlich aus dem Weg, man sieht es auf den Fotos und Videos aus Washington – während bei den Protesten zu »Black Lives Matter« ein Heer an martialisch gerüsteten Polizisten mit Maschinenpistolen das Kapitol hermetisch abschirmte. Obwohl der Vorfall also augenscheinlich weniger dramatisch war, als er nun mehrheitlich in den Medien dargestellt wird, sieht die Bundesregierung die nächste Chance gekommen, die Schlinge enger um den Hals der Meinungsfreiheit hierzulande zu legen. Die Vorfälle am Kapitol wurden am folgenden Tag sofort von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht genutzt, um die Frage in den Raum zu stellen, ob man nicht mehr Zensur im Internet wagen müsse – um die Demokratie zu schützen. Man sehe ähnlich radikale Tendenzen hierzulande, sagte Markus Söder; und ließ sich gar dazu verleiten, von einer »Corona-RAF« zu sprechen, im Kern formiert von den als rechtsradikal abgestempelten »Querdenken«. Der hanebüchene, ideologische Widerspruch scheint ihn nicht zu stören. In die gleiche Kerbe schlägt Facebook-Manager Johannes Baldauf, der seinen Arbeitgeber unbeirrt für ein Werkzeug der Demokratie hält. Das ist schizophren. Es erinnert an Parolen aus George Orwells Klassiker »1984« – Ignoranz ist Stärke. Hier wird Demokratie umgedeutet und ad absurdum geführt. Zensur und Einsatz des Verfassungsschutzes gegen Andersdenkende stehen im Raum, ohne, dass es einen Aufschrei in der Bevölkerung gäbe.

Die Notwendigkeit für eine stärkere Regulierung der Inhalte in den digitalen Medien ergebe sich aus der zunehmenden Hetze von extremistischen Gruppen und der massiven Verbreitung von Verschwörungstheorien, so Lambrecht. Diese Inhalte müssten entfernt werden, um die Bürger zu schützen, die demokratisch denken. Im Umkehrschluss bedeutet das: Alle, die nicht dem offiziellen Narrativ, der Mehrheitsmeinung, oder den Informationen der öffentlich-

rechtlichen Medien folgen, betreiben Hetze und Spaltung. Das ist absurd. Die Sprache wird in diesen Verlautbarungen pervertiert, wert- und bedeutungslos gemacht. Wer entscheidet darüber, welche Inhalte Hetze sind, welche Kritik radikal ist und welche nicht? Wer bestimmt, was nicht mehr in den öffentlichen Diskurs gehört? Google, Facebook, Twitter? Oder der Staat, in Kollaboration mit Quasi-Monopolisten, denen wegen Bedenken der US-Kartellbehörden die Zerschlagung drohen könnte?

»Der neue Faschismus wird nicht sagen: Ich bin der Faschismus. Er wird sagen: Ich bin der Antifaschismus.«
(Ignazio Silone)

Es wird noch diskutiert, welche digitalen Dienste als Grundversorgung einzuordnen sind, vergleichbar mit Wasserzufuhr, oder Radio- und TV-Empfang. Man darf aber annehmen, dass die genannten Konzerne in dieser Liste auftauchen werden. Sie werden künftig für viele Menschen die primäre Quelle für Information sein, wenn sie es nicht schon sind. Wenn also der Staat, oder überstaatliche Organe wie die EU, restriktive Richtlinien für die Einschränkungen von Inhalten auf Plattformen wie Facebook, Twitter oder YouTube definieren und diesen die Umsetzung überlassen, dann ist das ein neues, gesellschaftspolitisches System, aber keine Demokratie. Meinungsfreiheit ist passé. Meinung wird endgültig käuflich. Der Zusammenschluss von Staat und übermächtigen Wirtschafts-, Finanz- und vor allem Technologie-Imperien zur Steuerung der Gesellschaft ist totalitär. Man muss es nicht Faschismus nennen, aber die Risiken für die nächsten Generationen sind offensichtlich. Schon heute werten wir alles als Angriff, sehen in allem eine Offensive gegen unser egozentrisches Weltbild, haben einen extremen, sozialen Tunnelblick. Es waren immer die anderen, die aus der anderen Filterblase.

»Facebook und Co sind die größten Propagandaapparate der Geschichte«, sagt Sacha Baron Cohen in seiner Rede vor der »Anti Defamation League« in New York. »Facebook hätte in den 30er-Jahren Hitler erlaubt, Werbeclips über seine Lösung des Judenproblems zu schalten«, vermutet er.

Nicht jeder, der eine kritische Frage stellt, oder sich erdreistet eine eigene Meinung zu haben, ist Extremist. Nicht jeder Linke ist bei der Antifa, genauso wenig sind alle Querdenker Rechtsradikale, oder alle AFD-Mitglieder Nazis. Und auch wenn ich die AFD nicht unterstütze, ist es meines Erachtens völlig falsch, diese Partei auszugrenzen und zu diffamieren. Jede gewählte Partei hat in einer Demokratie das Recht auf eine differenzierte Betrachtung und fairen Diskurs. Pauschales Aburteilen und respektloser Umgang, Framing und üble Nachrede sind kein Mittel professioneller, politischer Kommunikation. Konstruktiver, öffentlicher Streit wäre es. Der Umgang der etablierten Parteien mit der AFD ist an sich anti-demokratisch. Denn auch wenn man eine gegenteilige Weltsicht hat, gilt es, die Menschenwürde jedes einzelnen zu achten und die demokratischen Grundsätze und Prozesse nicht zu verleugnen. Das aber tun die etablierten Parteien mit ihrer Haltung. Sie diffamieren diese Partei als Organ des Systems Demokratie; und ebenso ihre Wähler. Die fehlende Auseinandersetzung an dieser Stelle ist ein weiterer Grund dafür, dass die Gesellschaftsstrukturen marodieren.

»Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.« (Albert Einstein)

Wie also müssen wir 2021 denken, damit uns die selbstbestimmte Zukunft nicht entgleitet, damit wir uns weiterhin aus einer (bereits signifikant eingeschränkten) Pluralität von Positionen eine eigene Meinung bilden können? Wo endet die Meinungsfreiheit, wo beginnt Zensur?

Haben wir unsere rote Linie diesbezüglich definiert? Wollen wir als Gesellschaft zunehmend Andersdenkende in Schubladen stecken und sie ins Abseits diskreditieren? Gibt es nur noch schwarz und weiß? Sind wir unfähig geworden, Kompromisse zu erarbeiten?

Die geringe Anzahl kritischer Stimmen gegenüber der Ankündigung strikterer Richtlinien für die Digitalwirtschaft durch die EU macht stutzig. Nachdem bereits in den vergangenen Monaten verschiedene neue Richtlinien für Inhalte bei den Social Media-Portalen umgesetzt wurden, stehen nun erneut Verschärfungen ins Haus. Bereits im 2. Quartal 2021 sollen diese umgesetzt werden. Semantisch neu besetzt, stehen die neuen Richtlinien laut EU für den Schutz der Demokratie – indem sie nicht wenige Menschen pauschal ihrer Meinungsfreiheit berauben und Teile der Bevölkerung automatisiert ausgrenzen? Alle Inhalte, die sich gegen das offizielle Narrativ von Regierungen, EU und WHO zu COVID-19 wenden, werden als »Fake-News« deklariert und zensiert werden. Glaubt eine Mehrheit der Menschen wirklich daran, dass ein Paradigmenwechsel an dieser Stelle gerechtfertigt und im Sinne einer humanen Zukunft ist? Wann sind die heutigen Befürworter der Zensur von Donald Trump selbst gegen ein Gesetz und vermissen die Möglichkeit zu demonstrieren, oder sich und ihr Anliegen im Internet einer breiteren Öffentlichkeit präsentieren zu können? Was ist das nächste Tabu? Welche Gruppe wird als nächste ausgegrenzt?

Eine breitere Front gegen die zunehmend staatlich dirigierte Informationshoheit der GAFAM-Konzerne, gegen digitale Zensur und semantische Paradigmenwechsel ist von Nöten.

Es ist beschämend, zu diesen Themen kaum etwas aus der kulturellen Ecke zu vernehmen. Kunst hätte u.a. die Aufgabe, der Gesellschaft den Spiegel vorhalten. Die Angst,

als Störfaktor für die lähmende »Political Correctness« gesehen zu werden und folglich nicht mehr auftreten zu dürfen, scheint die Mehrheit der Intellektuellen ruhig zu stellen. Ihr Verhalten wirkt egoistisch. Ganz im Gegensatz zu den Demonstranten, die sich für Grundlagen der Demokratie einsetzen – also für die gesamte Bevölkerung. Das ist Solidarität; und nicht verblendete Selbstinszenierung, wie es von den regierungsnahen Organen gerne beschrieben wird. Idioten gibt es in jeder Bewegung. Demonstrationen im Freien, bei denen Hygienekonzepte und Abstände eingehalten werden, sind aber keine »Spreader-Events«, sondern Grundpfeiler einer offenen Gesellschaft, in der jeder die gleichen Rechte haben sollte. Und wir sehen ja, dass die Infektionszahlen auch ohne Demonstrationen steigen. Ich plädiere daher für offenen Diskurs aller Lager. Wir brauchen mehr Streit, öffentlich und konstruktiv. Es gilt, ein präzises, differenziertes Vokabular ins Feld zu führen, anstatt die emotional aufgeladenen Framing-Begriffe, die uns täglich von den Massenmedien ins Wohnzimmer geschleudert werden. Wir müssen wieder lernen zuzuhören, auch wenn uns die andere Meinung nicht passt. Und wir müssen einen Weg finden, um zu verhindern, dass eine unheilige Allianz aus Big-Tech, Big-Pharma, Banken und Staaten im Windschatten der Krise ein neues, digitales »Governance-System« zementiert, eine illegitime Regierungsform, in der wir nicht mehr wählen können, bei gar nichts.

Im Blendwerk der technologischen Devolution besteht ansonsten das große Risiko, dass eine Informationshoheit geschaffen wird, die nur schwer umgangen oder demontiert werden kann. Es wäre demnach ratsam, dem Zitat von Albert Einstein zu folgen und die Welt neu zu denken, aber frei von strukturellen Zwängen. Wir sollten uns von Empathie und Weitblick leiten lassen, anstatt von monetären Anreizen – und wir sollten uns beeilen. Der Paradigmenwechsel ist im Gange, Zensur »light« ist längst

Realität. Wie weit wir es damit kommen lassen, können wir vielleicht noch beeinflussen. China ist nicht *so* weit weg.

Das »Sieben-Generationen-Prinzip« der Irokesen besagt, dass der Mensch bei jeder Entscheidung bedenken soll, wie sich diese für die siebte Generation in der Zukunft auswirkt. Das gilt nicht nur für das persönliche Leben, sondern auch für Wirtschaft und Politik. Dieses Prinzip sollte Grundlage des Denkens von Entscheidern sein, deren Weitsicht meist bei der nächsten Wahl endet.

| Erstpublikation: 10. Januar 2021